

Der 2. Teil (UZ 35) schloß mit der Einschätzung, daß im Frühjahr 1948 die Gefahr für die Spaltung Deutschlands deutlicher denn je wurde und der Deutsche Volksrat im März von den Delegierten des 2. Volkskongresses als Repräsentanz des deutschen Volkes gewählt auf den Ernst dieser Situation aufmerksam machte und entsprechende Maßnahmen einleitete. Andererseits schufen die Westmächte und die restaurativ eingestellten deutschen Politiker eine solche Atmosphäre, die alle um die Einheit bemühten Deutschen von der Einheitsfront ablenken sollte.

Der „Kommunistenschreck“ mußte wieder herhalten

Die von nationaler Verantwortung getragene Initiative zu einem Volksbegehren für einen Volksentscheid über die Einheit Deutschlands (23. 5. bis 12. 6.) wurde von den westlichen Besatzungsmächten erneut verboten. Auch die einflussreichen westzonalen Politiker schlossen sich vorbehaltlos dieser Haltung an. Ihre Begründungen dafür wurden folgendermaßen motiviert:

Konrad Adenauer: „Wenn Freiheit nicht besteht – und sie besteht nicht in der Ostzone – sind ein Volksentscheid und ein Volkskongreß eine Täuschung.“¹⁾

Carlo Schmidt (SPD): „Versuch eines Schwindels, der unter der Flagge der deutschen Einheit ein Stück fremder Außenpolitik zu bezwecken sucht.“²⁾ Offensichtlich spielte bei dieser Argumentation die Tatsache keine Rolle, daß in den Westzonen fast überall so viele Bürger lebten wie in der SBZ und damit von einer Abstimmung ausgeschlossen werden mußte, die kaum von den Kommunisten und „Russen“ direkt zu beeinflussen war. Doch das Gespenst des Kommunismus versprach Erfolg: „In fast allen Orten des Ruhrgebietes haben die Geistlichen von der Kanzel herab gegen das Volksbegehren gesprochen. Wenn ihr euch einträgt, werde Jesus, eröffnet ihr den Kommunisten damit Tür und Tor.“³⁾ Und das zeigte die erhoffte Wirkung!

Trotz dieser antikommunistischen Verhetzung schrieben sich rund 14 750 000 Deutsche, das waren 40 Prozent aller Wahlberechtigten, in die Listen ein und forderten somit eine Volksbefragung über die deutsche Einheit. Unter diesen waren nach rund 750 Bürger von Nordrhein-Westfalen, obwohl die Einschränkung illegal durchgeführt werden mußte.

Inmitten dieses Volksbegehrens folgte der nächste Schlag gegen die deutsche Einheit.

Vollständiger Bruch mit dem Potsdamer Abkommen

Die separaten Sechserverhandlungen der Westmächte und der Besatzungsmächte wurden Anfang Juni mit der Veröffentlichung der „Londoner Empfehlungen“ beendet, die den offiziellen Startschuß zur Bildung eines Westzonenstaates und festsetzt. Einbeziehung in den Marshall-Plan gaben. Die erste praktische Maßnahme war die Durchführung einer separaten Währungsreform in den Westzonen.

Noch drei Jahre nach Kriegsende war die alte Währung – Reichsmark und Rentenmark – gültiges Zahlungsmittel. Tatsächlich war das Geld in allen vier Besatzungszonen zu einem großen Problem geworden. Nicht daß es zu wenig gab, im Gegenteil, es gab zu viel. Die alte Reichsmark hatte stark an Kaufkraft verloren, und bei vielen Nahrungsmitteln und Luxusgütern war sie bis auf ein Fünftel ihres früheren Wertes gesunken. Spekulant und Schieber lebten wie die Made im Speck. Der Schaden für die Volkswirtschaft war unübersehbar, und die Belastung der Westzonen war nicht mehr zu vertreten. Seit Kriegsende verhandelten die Großmächte über die Einführung einer neuen Währung, doch über angebrachte Vorschläge konnte keine Einigung erzielt werden.

Noch Ende März 1948 – nach dem tatsächlichen Ende der Kontrollratsarbeiten – diskutierten die Finanzexperten dieses Gremiums über eine einheitliche Geldumstellung. Das war offensichtlich ein Ablenkungsmanöver, denn bereits zu diesem Zeitpunkt war unter dem Codenamen „Bird Dog“ die separate Währungsreform bis ins Detail vorbereitet. 23 895 Kisten mit in den USA gedruckten Banknoten waren in Tiefkühltruhen in Frankfurt/Main eingelagert.

Nur 36 Monate waren seit Potsdam vergangen, und schon wurden

FAKTEN · DATEN · HINTERGRÜNDE · DATEN · FAKTEN

UZ-SERIE: Die Spaltung Deutschlands und die Entstehung zweier deutscher Staaten
TEIL III: Die Stimmen der Vernunft verhallen in einer Situation der gesteigerten antikommunistischen Hysterie

„... daß wir dereinst vor dem Urteil der Geschichte bestehen können...“

Die Beschlüsse dieser Konferenz den USA, Großbritannien, Frankreich für ihre politischen Ziele derart hinderlich, daß sie diese mit einem Trick zu umgehen gedachten. Als Mittel hatten sie die einseitige Währungsreform gewählt, die sie an einem Freitag, dem 18. 6., proklamierten. Vorerst sollte die DM ab 24. 6. nur in den Westzonen gelten, die Westsektoren von Berlin waren zunächst ausgenommen. Absichtlich wurde diese erste Anordnung so knapp wie möglich gehalten. Viele Fragen blieben so ohne Antwort. In den Westzonen hängten die Werktätigen um ihre Spargroschen, während die Schwarzhändler und Spekulanten das große Geschäft witterten und nachsahen, wie sie am günstigsten Profit aus dieser Aktion schlagen konnten.

Aber auch die berechtigte Sorge um das weitere Schicksal Deutschlands bewegte die Gemüter. Noch am gleichen Tage schätzte der Parteivorstand der SED ein: „Durch die Schaffung einer separaten Westwährungszone für Deutschland in zwei völlig voneinander getrennte Teile zerissen werden... Die separate Währungsreform bedeutet den vollständigen Bruch mit dem in Potsdam gegebenen Versprechen, Deutschland als wirtschaftlich Ganzes zu behandeln.“⁴⁾

Das konnte die SMAD nicht hinnehmen! Zuerst mußten sehr schnell Maßnahmen zum Schutze der Wirtschaft der SBZ einschließlich Großberlins ergriffen werden, bestand doch die reale Gefahr, daß das entwertete Altgeld – in der SBZ noch bis zum 25. 6. gültig – nun massenweise über die Zonen Grenzen geschmuggelt wurde. (Trotz sofort eingeleiteter Maßnahmen kamen etwa 90 Mill. illegal in die SBZ.) In der Nacht zum 19. 6. ordnete Marshall Sokolowski die sofortige Einstellung des Personenverkehrs von und nach den Westzonen an, ferner die Sperrung des Kraftfahrzeugverkehrs in die SBZ. Als dann am 25. 6. die Westsektoren von Berlin in die Geldumstellung einbezogen wurden, mußten die Kontrollmaßnahmen verstärkt werden. Ab 26. 6. wurde die Währung in der SBZ umgestellt. Da sie nicht langfristig vorbereitet war, wurde das Altgeld mit einem Kupon versehen.

Sowjetunion trat für sofortige Verhandlungen ein

Zugleich trat die Sowjetunion für sofortige Verhandlungen mit den Westmächten ein, um die gefährliche Konfrontation im Herzen Europas zu beseitigen. Angebote der Sowjetregierung und der DKW zur Versorgung der Bevölkerung der Westsektoren werden abgelehnt. Die USA nutzten die entstandene Lage, um die UdSSR international zu diskreditieren. Truman bezeichnete diese Situation als eine „Blockade Berlins“, die er als russisches Manöver zur Erprobung amerikanischen Widerstandswillens und ihrer Abwehrkraft charakterisierte. In seinen späteren Memoiren rechtfertigte er seine Haltung wie folgt: „Eine Machtdemonstration war unvermeidlich, und das schloß das Risiko eines Krieges mit ein.“⁵⁾

30 Jahre später schätzte der bürgerliche BRD-Historiker W. Loh die Situation so ein: „Ein anderes Mittel war der Sowjetführung nicht mehr verblieben, und die definitive Installation des amerikanischen Kapitalismus in Westdeutschland, allem Anschein nach verbunden mit einer baldigen deutschen Wiederbewaffnung und die Etablierung einer amerikanisch-europäischen Militäralianz, schienen ihr so gefährlich, daß sie zu ihrer Verhinderung das Risiko eines gewaltigen Prestigeverlustes bewußt einging.“⁶⁾

Und eine solche Atmosphäre brauchten jene, die mit Hilfe der Separierung der Westzonen den Kapitalismus restaurieren wollten und



Im Gebäude der Deutschen Wirtschaftskommission in der Berliner Leipziger Straße wählten am 11. Oktober 1949 die Provisorische Länderkammer und die Provisorische Volkskammer einstimmig Wilhelm Pieck zum Staatspräsidenten der DDR. Foto: Wilhelm Pieck bei seiner Antrittsrede.



3. Sitzung der Provisorischen Volkskammer der DDR am 12. Oktober 1949. Auf der Tagesordnung: Abgabe der Regierungserklärung durch Otto Grotewohl und die Bekanntgabe der Zusammensetzung der Regierung. Alle Fraktionen der Volkskammer stimmten der Regierungserklärung zu und bestätigten die Regierung. Fotos: ADN-ZB (Zühlsdorf)

so die Einheit Deutschlands preisgaben!

Berlin auf einem schmalen Grat zwischen Krieg und Frieden

Am 25. 6. begann ein gefährliches Schauspiel in Berlin. Unter dem Begriff „Operation Vittles“ errichteten die USA eine Luftbrücke zwischen den Westzonen und den Westsektoren von Berlin. Mit 56 000 Mann und 300 Flugzeugen entstand das kostspieligste Versorgungsunternehmen aller Zeiten. Auf dem Höhepunkt dieses Spektakels, das insgesamt 463 Tage andauerte, und die Welt an den Rand eines neuen Krieges brachte, landeten alle anderthalb Minuten amerikanische und englische Flugzeuge in den Westsektoren. Lärmbelästigung und steigende Unfallgefahr – tatsächlich stürzten 25 Maschinen ab, und 31 Amerikaner, 39 Briten und acht Deutsche verloren in dieser Schlacht des kalten Krieges ihr Leben – Angst und Schwierigkeiten bei der Versorgung wurden gebraucht, um die Unzufriedenheit zu schüren und dabei den Kommunisten die Schuld zuzuwenden. Vokabeln wie „Hungerblockade“, „Gefahr aus dem Osten“ und Durchhalteparolen bestimmten von nun an den Medienrummel und dienten einer antisowjetischen Hetze unvor-

stellbaren Ausmaßes. Drei Jahre nach der gemeinsamen Herbeiführung des Sieges über den Faschismus, verbunden mit gemeinsamen Siegesfeiern und Verbrüderungen zwischen Soldaten der Antifaschistenkoalition, waren aus Verbündeten Feinde geworden, wie es vorher nur die Faschisten getan hatten.

J. F. Dulles erklärte Anfang 1949: „Zu jeder Zeit hätte man die Situation in Berlin klären können. Die gegenwärtige Lage ist jedoch für die USA aus propagandistischen Gründen sehr vorteilhaft. Dabei gewinnen wir das Ansehen, die Bevölkerung von Berlin vor dem Hungertod bewahrt zu haben, die Russen aber erhalten die ganze Schuld wegen ihrer Sperremaßnahmen.“⁷⁾

Deutlicher konnten wohl die Absichten nicht formuliert werden! Doch der letzte Funke Hoffnung auf die Erhaltung der Einheit Deutschlands mußte so zu Grabe getragen werden. Während die Welt voller Sorge und Bestürzung auf Berlin schaute, begann der letzte Akt zur Installation eines separaten Weststaates, gewissermaßen als geheime Kabinettsache, unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

Der letzte Akt der Spaltung begann

Am 1. 7. wurden die Ministerpräsidenten der elf westdeutschen Län-

der von den drei Militärgouverneuren nach Frankfurt/Main giffert, um sie mit den Festlegungen und Aufgaben der „Londoner Empfehlung“ vertraut zu machen. Wesentlichster Auftrag war die Ausarbeitung einer Verfassung für den Weststaat durch die Installation einer verfassunggebenden Versammlung, die spätestens bis 1. 9. ihre Arbeit aufzunehmen hatte.

Von nun an war das Projekt Weststaat in die Hände deutscher Politiker gelegt. Doch das traf sie nicht unvorbereitet, hatten sie erheblichen Anteil daran, daß es bisher zu keiner Verständigung über die Schicksalsfragen der deutschen Nation mit ihren ostdeutschen Amtsbürgern gekommen war (siehe UZ 35). Sie unterstützten allesamt die Politik der Separierung zur Rettung des Kapitalismus in Deutschland. Andererseits waren sie sich offensichtlich der Tragweite ihrer Entscheidungen bewußt. Ein anwesender Ministerpräsident bekannte später, daß sie „alle miteinander... wirkliche Manschetten davor gehabt (hätten), einen deutschen Beitrag zur Teilung Deutschlands zu leisten.“⁸⁾ Doch dieser Gewissensnot folgten keine entsprechenden Taten, dadurch blieb vermutlich die letzte Chance zur Verhinderung der Spaltung ungenutzt. Die Regierungschefs der Westzonenländer lehnten nicht nur weiterhin Gespräche mit Vertretern der SBZ ab, sondern auch eine Volksabstimmung über das Grundgesetz, die ihnen die Frankfurter Direktive durchaus eingeäumt hätte.

Seit dem 1. 9. berieten 65 Parlamentarier der westdeutschen Länder im Parlamentarischen Rat unter Adenauers Leitung über die Verfassung. Am 8. 5. wurde die Schlußabstimmung über das Bonner Grundgesetz regelfreudig durchgezogen. Denn Adenauer wünschte, das „Dokument am 4. Jahrestag der deutschen Kapitulation abzuschließen... damit gegen jene bittere Pille ein geschichtliches Gegengift bereitete werde.“

Anläßlich dieses Aktes fand Adenauer zwar Worte des Dankes an die westlichen Militärgouverneure, aber keine Worte an das Volk. Einen entsprechenden Antrag an diesem Tag, das Grundgesetz in einer Volksabstimmung zum Gesetz zu erheben, lehnte die Mehrheit des Parlamentarischen Rates wiederum ab. Aber in der SBZ war in dieser Situation der Wille der Bevölkerung gefragt. Am 15./16. Mai fanden in der SBZ Wahlen zum 3. Deutschen Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden statt. Bei einer Wahlbeteiligung von 95,2 Prozent entschieden sich 88,1 Prozent für die Kandidaten der Volkskongreßbewegung und damit für den Kampf gegen die Spaltung Deutschlands. Von diesen Wählern legitimiert, trat am 29./30. Mai der 3. Deutsche Volkskongreß zusammen, er wählte den Deutschen Volksrat neu und stellte eine Verfassung für ein einheitliches antifaschistisch-demokratisches Deutschland zur Diskussion. Nochmal erhoben die Delegierten eindringlich ihre Stimme zur Mobilisierung aller Deutschen, denen die Einheit des Vaterlandes am Herzen lag. Doch in einer Situation der Konfrontation der Großmächte, der gesteigerten antikommunistischen Hysterie verhallte diese, die Gegner der antifaschistischen Einheit hatten vorerst den Sieg davongetragen. Sie hatten mit den vielfältigsten Methoden in den Westzonen solche Bedingungen geschaffen, daß die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung anläßlich der Wahlen zum Bundestag am 14. 8. ihre Zustimmung zur Errichtung der Bundesrepublik gab. Nach der faschistischen Diktatur, dem zweiten Weltkrieg, den Hungerjahren und politischen Turbulenzen erschien relative Souveränität, Stabilität, die in Gang gekommene Nachkriegskonjunktur, die schrittweise Integration in die westliche Gemeinschaft, bestimmte bürgerlich-demokratische Freiheiten und eine Reihe sozialer Errungenschaften vielen als Schritt auf dem Weg, den man tolerieren konnte, wenn dabei auch gesellschaftspolitische Grund-

forderungen ebenso auf der Strecke blieben wie die Einheit der deutschen Nation.“¹⁰⁾

Am 15. 9. war mit der Wahl K. Adenauers zum Bundeskanzler die Spaltung vollendet. Noch bevor der Bundeskanzler seine Regierungserklärung abgab, stellte er seine Politik gegenüber dem anderen Teil Deutschlands klar. In einem Interview mit der französischen Nachrichtenagentur erklärte er: „Die Bundesrepublik muß ein Anziehungspol für Ostdeutschland werden und die psychologischen Beziehungen mit dem Osten wahren und stärken. Unsere Politik darf in diesem nicht zu dem Glauben verleiten, daß wir (das in der Sowjetzone errichtete kommunistische Regime anerkennen.“¹¹⁾

Jetzt waren schnelle Entscheidungen fällig, wollte man nicht die Errungenschaften angestrebter Nachkriegsarbeit aufs Spiel setzen, wollte man sich nicht dem Grundgesetz unterwerfen, das den Anspruch erhoben hatte, für alle Deutschen zu sprechen. Die Entscheidung zur Errichtung eines zweiten deutschen Staates fiel den verantwortlichen Politikern nicht leicht. Doch zur Sicherung der antifaschistisch-demokratischen Errungenschaften und der friedlichen Nachkriegsordnung gab es damals keine andere Alternative.

Deutscher Volksrat konstituierte sich zur provisorischen Volkskammer

Am 3. 10. stimmten alle Parteien der SBZ und das Präsidium des Deutschen Volksrates für die Errichtung einer DDR. Für den Charakter des neuen Staates sprach bereits der Akt der Gründung. Am 7. 10. fand die letzte Sitzung des Deutschen Volksrates, der gewählten Repräsentanz des deutschen Volkes, statt. Dieser Rat konstituierte sich zur provisorischen Volkskammer und nahm die Monate zuvor ausführlich diskutierte Verfassung als Verfassung der DDR an. Er beauftragte Otto Grotewohl mit der Regierungsbildung. Von den 18 Ministern gehörten 8 der SED, 4 der CDU, 3 der LDPD, 1 der NDPD und der DDD an, 1 Minister war parteilos. Am 10. 10. erhielt diese Regierung von dem Chef der SMAD das Recht zur Ausübung der Verwaltung. Der darauffolgende Tag gestaltete sich zu einem Höhepunkt in den Gründungstagen der DDR. W. Pieck wurde zum Präsidenten des Arbeiter- und Bauern-Staates gewählt. Er verkörperte wie kein anderer die revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung, hatte seit 1945 seine großen staatsmännlichen Fähigkeiten unter Beweis gestellt und fand die Anerkennung seines Staatsvolkes auch infolge seiner Warmherzigkeit, seiner Bemühungen um die Sorgen und Bedürfnisse der Werktätigen. Am Abend seiner Wahl bereiteten ihm die Bürger von Berlin und die Abgeordneten der Jugend der DDR eine begeisterte und bewegende Demonstration ihrer Zustimmung. Abgeschlossen wurde der Gründungsakt symbolisch wie er begonnen hatte – mit Aussprachen zwischen den Repräsentanten des neuen Staates und den Werktätigen vor Ort. Minister gingen in die Betriebe und stellten ihr Regierungsprogramm zur Diskussion.

In diesen Gründungstagen wurden bereits Worte gesprochen, die die große Verantwortung, die vor der DDR steht, nüchtern umreißen. W. Pieck schätzte damals ein: „Wir stehen heute an der Wende der deutschen Geschichte... Sorgen wir alle in verantwortungsbewußter Loyalität und freundschaftlicher Zusammenarbeit dafür, daß wir uns der Größe der geschichtlichen Aufgaben gewachsen fühlen und daß wir dereinst vor dem Urteil der Geschichte bestehen können.“¹²⁾

Dr. HEIDI ROTH, Sektion Geschichte

Anmerkungen:

- 1) Vgl. „Junge Welt“, Dokumentation... „Wer spaltete Deutschland?“, Folge 23, vom 23. 6. 1989
- 2) Ebenda
- 3) Ebenda
- 4) Ebenda, Folge 24, vom 30. 6. 1989
- 5) Sarzesny, H., Schlachten des Kalten Krieges, in: nk konkret, 80, S. 72
- 6) Ebenda, S. 72
- 7) Ebenda, S. 74
- 8) Badstübner/Thomas, Die Spaltung Deutschlands 1945-49, Berlin 1966, S. 297
- 9) „Junge Welt“, Dokumentation... Folge 30, vom 11. 8. 1989
- 10) Vgl. Badstübner, Benser, Wer hat Deutschland gespalten? in: Einheit, 6/89, S. 559
- 11) Vgl. „Junge Welt“, Dokumentation... Folge 33, vom 1. 9. 1989
- 12) Vgl. Illustrierte historische Hefte, Heft 2, S. 25